

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XX/2

Bonn, den 5. Januar 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:		Zeilen:
1 - 2	Was wollen wir wirklich ? 1965 muß gehandelt werden Von Fritz Säger, MdB	74
3	Große Zeit für Waffenschieber Quelle nicht zu unterschätzender Risiken	49
4	Washington - Moskau Zur Jahresbotschaft des US-Präsidenten Johnson	25
4	Von Seydoux zu Seydoux Zum Wechsel des französischen Botschafters in Bonn	24
5 - 6	Auch die Schweiz hat Sorgen Das brennende Gastarbeiterproblem Von Otto Schmidt, Bern	59
6	Schweden wieder beispielhaft Vor einer großen Reform der Gymnasien	31

\* \* \*

6. Januar 1965

## Was wollen wir wirklich?

1965 muß gehandelt werden

Von Fritz Sänger, MdE

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind bereit, die von allen deutschen Parteien gewünschte Initiative für die Wiedervereinigung Deutschlands zu ergreifen, aber sie stellen eine Bedingung: die deutsche Bundesregierung selbst soll den Plan entwickeln, nach dem verfahren werden soll, sie muß Ziele und Wege und die einzelnen Schritte kennzeichnen, die getan werden müssen oder können, um voran zu kommen. Das ist die am Jahresanfang 1965 erklärte Politik der USA. Die USA wollen verhandeln, aber sie wollen es nicht auf das eigene Denken hin tun sondern sich vorher der Zustimmung ihrer Verbündeten und natürlich zuerst der Deutschen selbst gewiß sein, um die es geht.

Auf die USA kommt es an. Am Ende des Jahres 1964 schien deutlich geworden zu sein, daß alle wesentlichen deutschen Politiker darin einig sind, daß die Vereinigten Staaten der wichtigste Verbündete deutscher Hoffnungen und Wünsche sind, daß es ohne die USA keine Sicherheit in der freien Welt, also auch nicht in Europa gäbe. Nur ein paar Unentwegte, Gaullisten und Illusionisten, schlossen sich bis an eine unsichtbare Grenze hin aus; wenn es ernst werden würde, wären auch sie gleicher Meinung.

Dieses Amerika hat nun aber seit dem Ende des Krieges seine selbst übernommene Verpflichtung zur Herstellung und Sicherung des Friedens in der Welt sehr ernst genommen und hat manches Opfer, auch Blutopfer, gebracht. Es hat deutlich gemacht, daß eine der Voraussetzungen friedlicher Existenz aller Völker miteinander die Herstellung der Einheit Deutschlands, die Zusammenfügung aller Teile zu einem Ganzen, sei. Die Politiker und Diplomaten der USA haben sich redlich und auf vielfache Weise bemüht, Hindernisse fortzurumen, die sich auf diesem Wege unüberwindlich hoch türmten. Dazu waren viele Verhandlungen nötig, ungezählte Gespräche, die immer wieder zu Enttäuschungen führten und ein hohes Maß von Zähigkeit verlangten. Die Fortschritte waren bisher gering.

Jeder sei gerufen, Hindernisse fortrumen zu helfen, jeder auf seine Art und mit seinen Möglichkeiten, so hatte man uns im November 1955 im State Department in Washington mit deutlichen Hinweis auf deutsche Pflichten gesagt und hatte angedeutet, daß es die angemessene

deutsche Möglichkeit sei, Vorschläge zu machen, selbst einen Plan zu entwickeln, nach dem die Freunde mit dem gemeinsamen Gegner deutscher Wiedervereinigung verhandeln und Fortschritte erstreben könnten. Wer das damals und noch lange später berichtete, dem begegneten Unglaube und Schmähung.

Erst viel später haben deutsche amtliche Stellen von der Notwendigkeit von Deutschlandplänen gesprochen, zuletzt und am Ende des soeben vergangenen Jahres sogar Herr Barzel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion in Bundestag. Solche Pläne mußten sich nach den jeweils vorhandenen Umständen, nach den gegebenen politischen Tatsachen richten, unter denen zu handeln war und die zu verwandeln waren. Deutsche Amtsstellen freilich behaupteten stets, sie hätten "bis ins Einzelne gehende" Vorschläge entweder vorbereitet oder in Arbeit oder gar vorgelegt. In Washington war nur zu hören, man warte darauf - und die Mahnungen, sie endlich praktikabel und realistisch auszuarbeiten, haben weder unter Eisenhower und Dulles, noch unter Kennedy, noch unter Johnson und Dean Rusk aufgehört.

Jetzt wurden sie wiederholt: Rusk möchte, so soll er gesagt haben, nicht wieder wie 1961 in seinem Gespräch mit Gromyko, allein gelassen werden. Die Bundesregierung müßte - endlich! - sagen was sie wolle. Die amerikanische Regierung hat in dieser Mahnung zugleich auch die Themen angegeben: es gehe, wenn die Deutschlandfrage der Gegenstand der Verhandlungen sei, zugleich und unlösbar voneinander um die Fragen nach der Sicherheit aller europäischen Staaten, nach der Bereitschaft zur Abrüstung und nach den in einem künftigen Friedensvertrag zu bestimmenden Grenzen, ausgehend von der Rechtsposition, die das Abkommen von Potsdam geschaffen hat. Und wie könnte dies geschehen, ohne Klärung und Bereinigung der Auffassungen der nächsten Freunde in Europa, vor allem auch Frankreichs, dessen Staatspräsident seit 1959 immer von neuem die Demarkationslinie als die endgültige deutsche Grenze anerkennt?

Es ist der Bundesregierung der Vorwurf zu machen, daß sie seit der Genfer Aussenministerkonferenz von 1955 fast ein Jahrzehnt hat weitgehend ungenutzt verstreichen lassen, daß sie so gut wie keinen realistischen Versuch unternommen hat, die Vorfragen, die nun zu Hauptthemen werden, in eigener Initiative zu klären. 1965 wird sie um diese Aufgabe und Verantwortung nicht herumkommen. Nur dürfte der Preis heute höher sein als je zuvor.

## Große Zeit für Waffenschieber

### Quelle nicht zu unterschätzender Risiken

ler - Für internationale Waffenschmuggler aller Grade scheint wieder eine große Zeit angebrochen zu sein. Wieder bietet sich Afrika als lohnendes, wenn auch risikenreiches Operationsgebiet dar. Der sieben Jahre lange schmutzige Krieg in Algerien kostete nicht nur Hunderttausenden Menschenleben; für die Hyänen des Waffenschmuggels brachte er im wahren Sinne des Wortes goldene Gewinne ein. Die siegreichen Aufständischen, die um die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihres Landes kämpften, nahmen die Waffen woher sie diese auch immer bekamen. An Geld und Angeboten fehlte es nicht. Auch Deutsche beteiligten sich als Lieferanten an diesem schmutzigen Geschäft. Es gab dafür als Racheakte Bombenanschläge in Hamburg und anderswo. Die Frage nach dem Ursprung der Waffen konnte nie recht beantwortet werden und auch nicht die, wie die Händler in deren Besitz gelangten.

Als zweites lohnendes Feld für trübe Geschäfte erwies sich Zypern. Türken und Griechen bekämpften sich mit Waffen aus vielen Ländern der Welt. Vor der Gewährung der Unabhängigkeit bekamen die Briten die unheilvolle Macht des internationalen Waffenschmuggels zu spüren. Die Untergrundarmee der Zyprioten war gut ausgebildet und verfügte über moderne Waffen.

Heute herrscht auf dieser Mittelmeerinsel nach blutigen Schlichtereien wieder verhältnismäßige Ruhe. Türken und Griechen können wieder aufatmen. Dafür sorgen nicht nur die Truppen der Vereinten Nationen. Es gibt zwischen Türken, Griechen, Briten, Franzosen und Russen eine stillschweigende, nicht paraphierte Vereinbarung, das künftige Waffenlieferungen an die zwei Bevölkerungsgruppen ausschließt. Den genannten Mächten war das Risiko zu groß geworden, durch den Konflikt auf Zypern in nicht mehr zu kontrollierende Entwicklungen verstrickt zu werden.

Bleibt noch das dritte große Operationsgebiet, das Afrika südlich der Sahara. Die kongolischen Rebellen sind im Besitz moderner für den Bürgerkrieg bestimmter Waffen; zum Teil sind sie russisch-chinesischen Ursprungs. Aber auch für westliche Waffenhändler eröffneten sich durch die Wirren im Kongo und im übrigen Afrika ein weites und bevorzugtes Feld.

Es ist eine Schande, was auf diesen Gebieten geschieht, das nicht frei ist von gefährlichen Risiken. Von der SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE stammt der Vorschlag, durch nationale und internationale Maßnahmen, den Handel mit Waffen, die von den Armeen abgestoßen werden, unter wirksamer Kontrolle zu bringen. Alle europäischen Regierungen täten gut daran, diesen Vorschlag nun aufzugreifen, wären doch bei seiner Verwirklichung keine nationalen Prestigefragen betroffen, wohl aber das gemeinsame Interesse der europäischen Länder, dem schwarzen Kontinent eine Reihe blutiger Kriege und Stammesfehden zu ersparen, oder, wo sie in Gange sind, zu verkürzen. Was hier der Waffenschmuggel, begangen aus Profitgier, anrichtet, gehört zu den betrüblichsten und dunkelsten Erscheinungen unserer Zeit.

Washington - Moskau

sp - Die Suche nach friedlichen Regelungen mit der Sowjetunion bleibt auch für dieses Jahr das bestimmende Motiv der amerikanischen Aussenpolitik. Schon die Neujahrglückwünsche des US-Präsidenten Johnson an die neuen Männer des Kreml ließen das Bestreben nach Intensivierung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten, verbunden mit einem Katalog bestimmter Wünsche, erkennen. Sein Jahresbericht über die Lage der Union enthält die Einladung an die Führungsspitze Moskaus, die USA zu besuchen sowie den Vorschlag, Fernsehinterviews zwischen den führenden Männern der USA und der Sowjetunion zu veranstalten - ein Gedanke, der von Kennedy stammt. Offensichtlich ist die Periode des Abwartens nach dem Sturz Chruschtschows abgelaufen. Die USA-Aussenpolitik strebt nach größerer Aktivität, wobei sie von der Annahme ausgeht, mit ihren Wünschen und Zielsetzungen nun auf ein größeres Verständnis in Moskau zu stoßen. Konkret heißt das: Begrenzung der Streuung von Kernwaffen, ein überwacht weltweites Verbot für Atomversuche, Verringerung der Herstellung spaltbaren Materials für Waffen; verbunden mit Maßnahmen, die friedliche Verwendung von Kernkraft sicherzustellen, um ein überwacht Einfrieren von bestehenden offensiven und defensiven strategischen nuklearen Trägerwaffen. Die heikle Frage von gegenseitigen Inspektionen, die sich in früheren Verhandlungen als ein Brennstoff erwies, hat anscheinend an Gewicht verloren; die moderne Seismologie kann wohl auch unterirdische Atomversuche von Erdbeben unterscheiden. Die Stelle in der Jahresbotschaft, die die Beziehungen zur Sowjetunion berühren, fanden den besonderen Beifall des Kongresses. Johnson braucht eine ernstzunehmende Opposition nicht zu fürchten, er schwimmt mit dem Strom. Seine Ankündigung, den Handel mit den "unruhigen Nationen Osteuropas" auszuweiten, entspricht ebenfalls dem Konzept seines ermordeten Vorgängers. Wie wird nun die Resonanz Moskaus sein? Auch der Kreml kann es sich kaum erlauben, das Angebot Johnsons in den Wind zu schlagen.

+ + +

Von Seydoux zu Seydoux

sp - Der Wechsel des französischen Botschafters in Bonn ist mehr als eine Routineangelegenheit. Der scheidende Botschafter de Margerie wird durch den bisherigen Vertreter Frankreichs in der NATO und früheren Botschafter in Bonn, François Seydoux, ersetzt. Aussergewöhnlich ist, daß Paris einen Missionschef an die gleiche Stelle schickt, von der er kaum zwei Jahre vorher abgelöst worden war. Es ist kein Geheimnis, daß der scheidende Botschafter de Margerie als kontaktschwach galt und sich im wesentlichen darauf beschränkte, Frankreich in Bonn würdig zu repräsentieren. Sein Vorgänger und jetziger Nachfolger Seydoux hat stets darauf Wert gelegt, durch zahlreiche Gespräche und Diskussionen mit deutschen Politikern aller Parteien sein Wissen um die Entwicklung der deutschen Politik durch eigene Anschauung zu vertiefen. Sicher kann der scheidende Botschafter de Margerie nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß sich das Verhältnis Paris - Bonn in letzter Zeit merklich abgekühlt hat; dazu hat de Gaulle durch seine Politik wesentlich beigetragen. Andererseits dürfte zu erwarten sein, daß der frühere und neue Botschafter auf Grund seiner vielumfassenderen Kenntnisse der deutschen Politik bestrebt sein wird, die vor Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages bestehenden guten Beziehungen wieder zu aktivieren. Wir wünschen ihm bei dieser dankenswerten Aufgabe vollen Erfolg.

+ + +

## Auch die Schweiz hat Sorgen

### Das brennende Gastarbeiterproblem

Von Otto Schmidt, Bern

Nach zuverlässigen Angaben zählt die Schweiz gegenwärtig 830 000 ausländische Arbeitskräfte, das sind 28 Prozent aller Erwerbstätigen. Insgesamt wohnt in der Schweiz eine Million Ausländer, das macht 17 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Gastarbeiterfrage - es sind vor allem italienische Arbeiter in der Industrie beschäftigt - ist für die Schweiz zu einem Problem geworden. Die Parlamente haben sich intensiv damit beschäftigt, denn Italien verlangt verständlicherweise die Integration ihrer Staatsangehörigen, die längere Zeit in der Schweiz wohnen und arbeiten. Im sogenannten "Einwanderungsabkommen" sollen die Rechte der Italiener auf Sozialleistungen und Nachzug ihrer Familie verankert werden. Während der Ständerat dieses Abkommen bereits gebilligt hat, verlangt der Nationalrat vom Bundesrat zuerst einen Bericht über Maßnahmen, zum Stop der Einwanderung und die allwähliche Reduzierung der Zahl der Gastarbeiter.

Man ist sich in der Schweiz heute darüber einig, daß die Gastarbeiterfrage zu einem sehr ernsten Problem geworden ist. Niemand will aber an der Entwicklung "schuld" sein. Industriekreise werfen den Gewerkschaften vor, sie hätten durch die Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen und Fünftagewoche den Gastarbeiterstrom heraufbeschworen. Dieser Vorwurf entbehrt aber jeder Grundlage, denn es läßt sich leicht beweisen, daß durch die Verkürzung der Arbeitszeit von 1959 - 1964 lediglich ein Mehrbedarf von 17 105 Arbeitern in der Maschinenindustrie entstand. In der gleichen Zeit wurden aber 134 000 Gastarbeiter eingestellt. Es mutet also grotesk an, wenn ein großer Industriebetrieb bei Zürich unter seinen Schweizer Arbeitern eine Umfrage veranstaltet hat, ob sie gewillt seien, durch Überzeitarbeit einen Beitrag zur Eindämmung der Überfremdung zu leisten. --

### Suche nach dem "Schuldigen"

Wenn man überhaupt von einem "Schuldigen" sprechen kann, so ist dieser die überhitzte Konjunktur, die zur Erweiterung der Betriebe, der Ausweitung des Exports und - naturgemäß - zur Erhöhung der Gewinne, besonders in der Privatindustrie, führt. Dies alles machte die Einstellung von Gastarbeitern nötig, was eine Kettenreaktion zur Folge hatte. Die Ausdehnung der Betriebe verlangte eine entsprechende Zahl Bauarbeiter, die ihrerseits wieder Wohnungen brauchten. Die Aussicht, gut verdienen zu können, veranlaßte ganze Legionen von Italienern, aufs Geratewohl in die Schweiz einzureisen, um irgendwo Arbeit anzunehmen. Wohl ist man inzwischen bei der Einreise strenger geworden und führt Kontrollen durch, aber es ist zu spät.

### Was ist zu tun?

Die Industrie ist natürlich nicht bereit, ihre Gewinnspanne wieder zu verringern. Andererseits macht sich in der Bevölkerung Unmut breit, besonders im Hinblick auf die prekäre Lage im Wohnungssektor. Eine Integration der 830 000 Gastarbeiter, wie es das Abkommen mit Italien vorsieht, verschärft das Wohnungsproblem weiter, der Platzmangel in Schulen und Krankenhäusern würde verschlimmert. Darum verlangen die Gewerk-

schaften und die Sozialdemokratische Partei einen Abbau der hohen Zahl der Gastarbeiter auf maximal 500 000. Ein Vorschlag von anderer Seite möchte die Zahl auf höchstens zehn Prozent der Gesamtbevölkerung festlegen.

Das Gastarbeiterproblem ist zu einer ernststen Sorge der Schweiz geworden. Es ist nicht leicht, eine befriedigende Lösung zu finden; man hat zu lange gewartet. Industrie- und Unternehmenskreise sahen zu lange nur ihre lockenden Gewinne und schlugen die Mahnungen und Warnungen der Gewerkschaften in den Wind. Über die Festtage ist es etwas ruhiger geworden um unsere Gastarbeiter, viele sind mit einem der 150 Extrazüge der Schweizerischen Bundesbahnen Richtung Süden gefahren, um die Feiertage zu Hause zu verbringen. Viele werden erst im Frühling wieder kommen, wenn auf den zahlreichen Bauplätzen wieder gearbeitet werden kann. Ob der Bundesrat bis dann eine Lösung des brennenden Problems bereit hat?

+ + +

#### Schweden wieder beispielhaft

#### Vor einer großen Reform der Gymnasien

sp - Im Herbst 1965 tritt die große Reform für alle Gymnasien in Schweden auf der Grundlage von Gesetzen in Kraft, die der Reichstag in Stockholm Ende 1964 mit großer Mehrheit angenommen hat. Schon jetzt ist das schwedische Oberschulwesen den meisten Staaten der Welt weit voraus. Die schwedische Wirtschaft und die moderne soziologische Struktur Schwedens brauchen aber noch mehr akademisch Gebildete. Das soll jetzt durch die Gymnasialreform erreicht werden. Schweden dürfte dann bei der Heranbildung des akademischen Nachwuchses den Spitzenplatz in der Welt erreichen. Auch wird es keinerlei unterschiedliche Bildungschancen für junge Menschen in dem seit drei Jahrzehnten von Sozialdemokraten regierten Staat geben.

Das schwedische Sozialministerium hat Tabellen vorgelegt, die schon den enormen Fortschritt in den letzten Jahrzehnten belegen. Schon 1938 wurden in Schweden für 12 300 Studenten staatliche Stipendien in Höhe von zwei Millionen Kronen zur Verfügung gestellt. Zur Zeit nähert sich die Zahl der Gymnasiasten an 90 000 und die der Studenten an 60 000. Für sie standen 1962 bereits 164 Millionen Kronen an Stipendien zur Verfügung. In Schweden kann jedermann, ganz gleich aus welchem Elternhaus er kommt, studieren. Es wird allerdings darauf hingewirkt, daß gute Leistungen vollbracht werden. Dieser Gesichtspunkt bestimmt auch die bevorstehende Abschaffung der Reifeprüfung in Schweden, so paradox es klingen mag.

Der neunjährigen Grundschule schließt sich auch künftig das sechsjährige Gymnasium an, das nunmehr in fünf Fachrichtungen unterteilt wird. Auf der Grundlage der jährlichen Prüfungen werden Zeugnisse ausgegeben. Wer die Durchschnittsziffer von 2,3 (der Zensuren von eins bis fünf) erreicht, hat Hochschulreife, ohne daß es einer Abiturientenprüfung bedarf. Das neue Gesetz bestimmt dabei ferner ausdrücklich, daß eine Klasse, wenn sie dreißig Schüler stark ist, geteilt werden muß. Auf der anderen Seite ist aber eine Klasse einzurichten, wenn sich zwölf Oberschüler für eine der fünf Sparten entscheiden.

+ + +